



Nr. 44

16. Dezember 2022

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

VBE Bundesversammlung

[Lehrkräftemangel gefährdet Bildung ganzer Generation](#)

Gespräch im Bundesjustizministerium

[Pakt für den Rechtsstaat: dbb drängt weiter auf Verstärkung](#)

dbb jugend

[Bündnis für die junge Generation fordert positive Zukunftsperspektiven](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Stade: Kein Platz für Reichsbürger im Staatsdienst](#)

Baden-Württemberg

[Gewerkschaftstag: Kai Rosenberger im Amt bestätigt](#)

Thüringen

[Öffentlicher Dienst: Land soll Tarifbeschäftigte entlasten](#)

Berlin

[Nach Kritik an Verwaltung: Becker kontert Jarasch](#)

Schleswig-Holstein

[Mitbestimmungsgesetz geändert: Schutz für Personalräte angepasst](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Klare Absage an Verschärfung des Disziplinarrechts](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Brandbrief an alle AOK-Vorstände: „Energiegeld“ muss kommen](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Keine Verhandlungsbereitschaft: SWEG provoziert neue Streiks](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## VBE Bundesversammlung Lehrkräftemangel gefährdet Bildung ganzer Generation

**Der dbb Chef hat eindringlich vor den Folgen des Lehrkräftemangels gewarnt. Das Thema müsse endlich mit Priorität behandelt werden.**

„Der Lehrkräftemangel ist nicht vom Himmel gefallen. Der dbb und die Bildungsgewerkschaften unter seinem Dach warnen davor schon eine gefühlte Ewigkeit. Umso frustrierender ist es für die Kolleginnen und Kollegen, dass hier so wenig passiert ist. Zumal mit der Corona-Pandemie und der Aufnahme geflüchteter Kinder aus der Ukraine die Belastung in den letzten Jahren nochmal erheblich gestiegen ist“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 16. Dezember 2022 bei der Bundesversammlung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE).

„Die Bundesländer pochen auf ihre Zuständigkeit für das Thema. Aber wenn der Bildungsföderalismus funktionieren soll, müssen sie ihrer Verantwortung auch gerecht werden. Wenn die Kultusministerkonferenz das nicht leisten kann, müssen die Ministerpräsidenten eingreifen und den Kampf gegen den Lehrkräftemangel zur ‚Chefsache‘ machen. Sonst gefährdet das den Bildungserfolg einer ganzen Generation“, so der dbb Chef. „Das haben die Lehrerinnen und Lehrer sowie Leitungen aller Schulformen, die tagtäglich alles für unsere Kinder geben, obwohl sie oft nur den Mangel verwalten, einfach verdient.“

Die Bildungsinstitutionen würden darüber hinaus unter dem Fachkräftemangel im gesamten öffentlichen Dienst leiden. Silberbach: „Das geht beim Neubau von Schulen los und zieht sich bis zu den Aufsichtsbehörden. Es ist erschreckend, wenn letztere nach einer aktuellen

Medien-Recherche chronisch unterbesetzt sind und etwa Meldungen zur Verletzungen der Aufsichtspflicht in Kitas – die ebenfalls wiederum Ausdruck des wachsenden Personalmanagements sind – nicht mehr wie gewohnt nachgegangen werden kann.“

Der dbb Bundesvorsitzende dankte bei der Bundesversammlung dem scheidenden VBE Bundesvorsitzenden Udo Beckmann, der nach über 13 Jahren an der Spitze der Bildungsgewerkschaft nicht erneut für das Amt kandidierte: „Udo Beckmann hat die Interessen der Lehrkräfte und natürlich der jungen Menschen im Bildungssystem über Jahrzehnte entschieden vertreten. Nicht nur in verschiedenen Funktionen im VBE, sondern auch im dbb beamtenbund und tarifunion. Besonders hervorzuheben ist unser gemeinsamer Kampf gegen die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Davon sind eben auch Lehrkräfte betroffen. Dass dieses ‚Tabu-Thema‘ endlich ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangte, ist ganz wesentlich Dir zu verdanken, lieber Udo. An diese erfolgreiche Arbeit wollen wir gemeinsam mit dem neuen geschäftsführenden Vorstand des VBE anknüpfen und freuen uns außerdem, dass uns in Berlin mit Deiner bisherigen Stellvertreterin Simone Fleischmann in der dbb Bundleitung und Rita Mölders in der Geschäftsführung der dbb Bundestarifkommission zwei kompetente Kolleginnen aus den Reihen des VBE zur Seite stehen.“

## Gespräch im Bundesjustizministerium Pakt für den Rechtsstaat: dbb drängt weiter auf Verstärkung

**Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder konnten sich bisher nicht auf zusätzliche Mittel für die Justiz verständigen. Der dbb fordert weiter eine schnelle Lösung.**

Im Vorfeld des Treffens zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) in der vergangenen Woche hatte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach gefordert, den Streit um die dauerhafte Finanzierung von zusätzlichen Stellen und Digitalisierungsvorhaben zügig beizulegen. Eine Einigung steht aber weiterhin aus. Gemeinsam

mit den im dbb organisierten Justizgewerkschaften drängte der dbb Chef auf eine schnelle Lösung. „Die Verunsicherung in der Gesellschaft angesichts der verschiedenen Krisen ist mit Händen zu greifen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat schwindet. Gerade in diesen Zeiten ist eine

funktionierende Justiz von enormer Bedeutung. Bei den Beschäftigten ist die Enttäuschung riesig, dass einmal mehr der kleinteilige Streit zwischen Bund und Ländern einer sachgerechten Lösung im Wege steht“, sagte Silberbach am 13. Dezember 2022 im Gespräch mit der Staatssekretärin im Bundesjustizministerium Angelika Schlunck. „Das ist auch kein gutes Signal für den Berufsnachwuchs in den verschiedenen Justizberufen.“

Gerade aufgrund der angespannten gesellschaftlichen Situation sei nicht zuletzt auch ein besserer Schutz von Vertreterinnen und Vertretern des Staates vor Anfeindungen notwendig, betonte Silberbach. „Das ‚Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität‘ ist dabei etwa ein richtiger

Schritt. Wir erfahren in unserer gewerkschaftlichen Arbeit zunehmend, dass Kolleginnen und Kollegen sowohl in der Justiz als auch in praktisch allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes regelmäßig Anfeindungen oder Bedrohungen ausgesetzt sind. Das darf nicht sein. Neben der richtigen Gesetzgebung brauchen wir aber auch hier wiederum mehr Personal, um die entsprechenden Vergehen auch konsequent verfolgen und zügig sanktionieren zu können.“

Auch die Digitalisierung und insbesondere die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz erforderten weitere Anstrengungen. „Dafür braucht die Justiz natürlich auch an dieser Stelle mehr Personal, nämlich IT-Fachleute. Auch in die digitale Infrastruktur muss dringend mehr investiert werden“, erklärte der dbb Chef.

## dbb jugend

### **Bündnis für die junge Generation fordert positive Zukunftsperspektiven**

**Die dbb jugend hat sich dem „Bündnis für die junge Generation“ angeschlossen. In ihrer Gründungserklärung fordern die Mitzeichnenden neue Perspektiven für junge Menschen.**

„Junge Menschen in Deutschland machen sich Sorgen und blicken skeptischer als früher in die Zukunft: Ukraine-Krieg, Energiekrise und die steigende Inflation machen der Jugend nicht gerade Mut. Hinzu kommen die ernüchternden Erfahrungen aus der Corona-Pandemie, mit deren Folgen viele Jugendliche zu kämpfen haben. Soziale Ungleichheit und polarisierende politische Debatten stellen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das solidarische Miteinander der Generationen außerdem auf eine harte Probe. Mit dem Bündnis für die junge Generation wollen wir die Öffentlichkeit und besonders die Politik für die Sorgen und teilweise existenziellen Nöte junger Menschen sensibilisieren. Gerade Jugendliche brauchen jetzt positive Perspektiven und Zuversicht, dass sie ihr Leben gut leben und selbstbestimmt meistern können“, sagte dbb jugend Vorsitzender Matthäus Fandrejewski anlässlich der Unterzeichnung der Bündniserklärung am 8. Dezember 2022.

Damit unterstützt die dbb jugend das von Bundesjugendministerin Lisa Paus initiierte Bündnis für die junge Generation, das über 100 Organisationen und Persönlichkeiten aus Gesundheit und Sport, Medien und Kultur, Stiftungen und Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft sowie Politik und Verwaltung mitzeich-

nen. „Mit diesem Bündnis wollen wir ein Netzwerk aufbauen, das in den nächsten Jahren den gesellschaftlichen und politischen Diskurs im Sinne der jungen Menschen beeinflusst und konkrete Verbesserungen herbeiführt“, begründet Fandrejewski seine Motivation.

Als Vorsitzender der dbb jugend wolle er sich vorrangig für einen guten Start ins Arbeitsleben einbringen. Dazu gehöre vor allem auch, Berufseinsteigerinnen und -einsteiger über ihre Rechte aufzuklären und sie zur betrieblichen Mitbestimmung zu ermutigen: „Ich setze mich dafür ein, dass Interessen junger Menschen zu Beginn des Berufslebens berücksichtigt und sie vor allem in der Gestaltung ihres Arbeitslebens aktiv eingebunden werden. Der Arbeitgeber Staat muss zukunftsfähig werden!“

#### Hintergrund

Das Bündnis für die junge Generation versteht sich als zivilgesellschaftliches Netzwerk, welches den jugendpolitischen Diskurs vorantreiben möchte. Ab 2023 werden Gesprächs- und andere Begegnungsformate stattfinden, die sich über die gesamte 20. Legislaturperiode erstrecken. Dabei sollen zahlreiche Themen in der Tiefe behandelt werden, beispielsweise Jugend und Gesundheit, Jugend und Medien oder Jugend und Wirtschaft. Die Bündnispartne-

rinnen und -partner berichten über ihre Aktivitäten und treffen Verabredungen. 2023 soll mit einer gemeinsamen Konferenz Zwischenbilanz

gezogen werden. Das Bündnis soll weiterwachsen – auf Grundlage von Vorschlägen bereits beteiligter Persönlichkeiten.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Nordrhein-Westfalen

### **Staude: Kein Platz für Reichsbürger im Staatsdienst**

**Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, ist entsetzt über die radikalen Umtriebe der Reichsbürger. Und auch darüber, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in ihren Reihen sind. „Diese Personen stehen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen“, so der dbb Landesvorsitzende.**

Die Gesetzeslage, so Staude, mache es heute schon möglich, Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, wenn sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verstoßen. Dazu, so Staude am 8. Dezember 2022, sei auch nicht erst eine Reform des Dienstrechts erforderlich. Es gebe also keinen Grund, zu zögern. Staude: „Wir haben die Möglichkeit, und die müssen wir jetzt auch nutzen.“

Es sei skandalös, so Staude, dass diese Radikalen mit ihrem Handeln den Ruf all derer be-

schädigen, die Tag für Tag aus tiefer Überzeugung die Sicherheit und Funktionsfähigkeit unseres Staates schützen. „Die Reichsbürger lehnen unseren Staat ausdrücklich ab. Dies nimmt ihnen jegliches Recht, im Staatsdienst zu stehen.“ Die innere Sicherheit, so Staude, sei beim öffentlichen Dienst in guten Händen. Nun gelte es, diejenigen zu identifizieren, die den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat infrage stellen. Das Innenministerium habe in der Vergangenheit bereits die Fähigkeit zu konsequentem und schnellem Handeln hinreichend unter Beweis gestellt.

Baden-Württemberg

### **Gewerkschaftstag: Kai Rosenberger im Amt bestätigt**

**Der Gewerkschaftstag des BBW – Beamtenbund Tarifunion hat am 7. Dezember 2022 den bisherigen BBW-Vorsitzenden Kai Rosenberger (54) mit großer Mehrheit (98,3 %) im Amt bestätigt.**

Rosenberger, der aus der Deutschen Steuer-gewerkschaft (DSTG) kommt, steht seit Dezember 2017 an der Spitze der Organisation. Seit 2012 gehörte er bereits als stellvertreten-der BBW-Vorsitzender der BBW-Landesleitung an.

Neben dem Vorsitzenden haben die Delegier-ten auch seine Stellvertretenden als Mitglieder der neuen Landesleitung gewählt. Im Amt be-stätigt wurden Michaela Gebele (BTBkomba), Joachim Lautensack (Seniorenverband ö. D. BW), Jörg Feuerbacher (Deutsche Steuerge-werkschaft DSTG) und Alexander Schmid (BSBD Gewerkschaft Strafvollzug). Neu im Gremium sind Tina Stark (Berufsschullehrer-verband BLV) und Eberhard Strayle (Verband der Verwaltungsbeamten VdV).

Im Rahmen der Öffentlichkeitsveranstaltung, die am Tag nach den Wahlen stattfand, for-derte BBW-Chef Rosenberger die Landesre-gierung auf, ein „Sondervermögen öffentlicher Dienst“ aufzulegen, um dem massiven Perso-nalmangel im öffentlichen Dienst des Landes zu begegnen. In Gegenwart von Innenminister Thomas Strobl und weiteren namhaften Vertre-tern aus Politik und Verwaltung erklärte er: Da-mit der öffentliche Dienst im Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte mit der Privatindustrie beste-hen kann, brauche es wirkungsvolle Maßnah-men und die gebe es nun mal nicht zum Nulltarif.

Die Sorge um die Qualität öffentlicher Dienst-leistungen treibt den BBW-Vorsitzenden um. Vor den Gästen und Delegierten des Gewerk-schaftstags warnte er vor den Folgen des sich

zuspitzenden Personalmangels und empfahl zugleich, sich an der Bundespolitik zur Krisenbewältigung zu orientieren. Sie zeige nämlich mit ihrem „100 Milliarden Sondervermögen Bundeswehr“ oder den „95 Milliarden Euro für die Entlastungspakete 1 bis 3“ und den „200 Milliarden Euro für die Gas- und Strompreisbremse“, wie man für wichtige Projekte Geld lockermache.

Für Rosenberger steht außer Frage, dass man zur Bewältigung des Personalmangels im öffentlichen Dienst Geld in die Hand nehmen muss. Wer am öffentlichen Dienst spare, riskiere nicht nur, dass die Bürgerinnen und Bür-

ger das Vertrauen in den Staat verlieren, sondern verzichte zudem auf den wirtschaftlich international anerkannten Standortfaktor, den die öffentliche Verwaltung darstelle, warnte der BBW-Vorsitzende und forderte Taten: „Was wir brauchen, sind zusätzliche Arbeitskräfte“, sagte er und verwies auf die Personalsituation, die in vielen Bereichen so unzureichend sei, dass die ständige Überbelastung zu Erkrankungen der Beschäftigten führe. Um Arbeitskräfte zu gewinnen und Personal zu binden müsse man aber Geld in die Hand nehmen. Chancen im Konkurrenzkampf um Personal habe schließlich nur derjenige, der eine ordentlichen Bezahlung und flexible Arbeitszeitmodelle anbieten kann.

## Thüringen

### Öffentlicher Dienst: Land soll Tarifbeschäftigte entlasten

**Angesichts aktuell stark gestiegener Lebenshaltungskosten hat der tbb am 14. Dezember 2022 vom Freistaat Thüringen gefordert, seiner Fürsorgepflicht nachzukommen und die Tarifbeschäftigten finanziell zu entlasten. Der Tarifvertrag der Länder (TV-L) eröffne es dem Dienstherrn unter den dort genannten Voraussetzungen, eine Zulage zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten zu gewähren.**

Die finanzielle Belastung der Tarifbeschäftigten durch die im letzten Jahr überdimensional gestiegenen Lebenshaltungskosten sei gerade für die Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen von E2 bis E6 nach TV-L im Alltag enorm. Die Tarifparteien haben dafür im TV-L die Möglichkeit geschaffen, eine Zulage zum Ausgleich dieser Kosten zu gewähren. In Paragraph 16 Absatz 5 heißt es: „Zur regionalen Differenzierung, zur Deckung des Personalbedarfs, zur Bindung von qualifizierten Fachkräften oder zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten kann Beschäftigten abweichend

von der tarifvertraglichen Einstufung ein bis zu zwei Stufen höheres Entgelt ganz oder teilweise vorweg gewährt werden. Beschäftigte mit einem Entgelt der Endstufe können bis zu 20 v. H. der Stufe 2 zusätzlich erhalten. Die Zulage kann befristet werden. Sie ist auch als befristete Zulage widerruflich.“

Der tbb bittet die Landesregierung, die Möglichkeit dieser Entlastung für die Tarifbeschäftigten wohlwollend zu prüfen. Einen Musterantrag sowie weitere Informationen gibt es auf [thueringer-beamtenbund.de](https://thueringer-beamtenbund.de).

## Berlin

### Nach Kritik an Verwaltung: Becker kontert Jarasch

**Als „populistisches Geschwätz, das einer Spitzenkandidatin nicht würdig ist“, hat dbb Landeschef Frank Becker die Äußerungen von Bürgermeisterin Bettina Jarasch (Bündnis 90/Die Grünen) in der BZ vom 8. Dezember 2022 bezeichnet. Die Grünen-Spitzenkandidatin habe sträflich Ursache und Wirkung vertauscht.**

„Nicht nur der dbb Berlin ist schon lange stinksauer, wie die Verantwortlichen in der Berliner Politik mit ihren Beschäftigten umspringen. Die Kolleginnen und Kollegen, denen die Politik trotz äußerst angespannter Personaldecke ständig neue Aufgaben aufbürdet, haben für

derlei unqualifizierte Aussagen keinerlei Verständnis mehr“, empörte sich Becker. Tatsächlich habe die Berliner Politik ihre Hausaufgaben, insbesondere in Sachen Personalentwicklung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, seit Jahrzehnten nicht gemacht und trage damit die volle Verantwortung für

Engpässe und Verzögerungen im Verwaltungsablauf. „Daran wird sich auch nichts ändern, wenn das Land nicht endlich begreift, dass der akute Personalmangel nicht ohne adäquate Arbeitsbedingungen abgebaut werden kann. Keine verfassungsgemäße Besoldung zahlen wollen, weil man keinen finanziellen Spielraum für Gehaltserhöhungen habe, aber von den Beschäftigten eine hohe Motivation verlangen. Das geht gar nicht, Frau Jarasch! Das wird allenfalls noch die letzten Bewerber verschrecken“, machte Becker deutlich.

Jarasch hatte in der „BZ“ verkündet, die Verwaltung auf Trab bringen und bürgerfreundlicher machen zu wollen. Sie vermisse offenkundig bei vielen Mitarbeitern in den 800 Berliner Behörden ausreichend Motivation. Eine bessere Bezahlung, damit gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu Bundesbehörden wechseln, wollte sie dagegen nicht zusagen. Man habe keinen finanziellen Spielraum für Gehaltserhöhungen: „Wir können einfach nicht einen solchen großen Schluck aus der Pulle zusagen.“

## Schleswig-Holstein

### Mitbestimmungsgesetz geändert: Schutz für Personalräte angepasst

**Positive Nachricht für Personalräte: In das Mitbestimmungsgesetz des Landes wurden Regelungen aufgenommen, die den Schutz bei der Personalratsarbeit gewährleistet. Dabei geht es insbesondere um ein Benachteiligungsverbot, welches gleichzeitig um ein Begünstigungsverbot ergänzt wird, wie der dbb sh am 8. Dezember 2022 mitteilte.**

Wörtlich heißt es in Absatz 1 des neuen Paragraph 8a des „MBG Schl.-H.“: „Personen, die Aufgaben oder Befugnisse nach diesem Gesetz wahrnehmen, dürfen darin nicht behindert oder in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise beeinflusst werden sowie wegen ihrer Tätigkeit nicht benachteiligt oder begünstigt werden; dies gilt auch für ihre berufliche Entwicklung.“ Damit sind nicht nur Personalratsmitglieder erfasst, sondern auch etwa Mitglieder der Jugend- und Ausbildungsververtretungen und Wahlvorstandsmitglieder.

Weiterhin wurde in einem zweiten Absatz dem für Beamtinnen und Beamte geltenden Dienstunfallrecht Rechnung getragen, indem die Personalvertretungsaufgaben einbezogen werden. Ein bei der Wahrnehmung entsprechender Aufgaben erlittener Unfall wird wie ein Dienstunfall nach den beamtenrechtlichen Unfallvorsorgevorschriften behandelt.

Mit der Änderung wurden Vorschläge des dbb sh aufgegriffen. Der Handlungsbedarf ist entstanden, weil die bisher im Bundespersonalvertretungsgesetz verankerten für die Länder geltenden Schutzregelungen nur noch übergangsweise gelten. Wenn sie weiterhin Bestand haben sollen, mussten sie also in das

Landesrecht überführt werden. Die das Arbeitsrecht betreffenden für die Länder geltenden Schutzregelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes (Kündigungsschutz und Übernahmeschutz für Auszubildende) bleiben aufgrund der hier weiterhin geltenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes bestehen.

Außerdem wurde eine schulspezifische Anpassung des Mitbestimmungsgesetzes vorgenommen: Die nach den Landtagswahlen neu gebildete Regierungskoalition hat entschieden, dass die Angelegenheiten der beruflichen Bildung sowie das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) wieder in den Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums (zuvor Wirtschaftsministerium) übergehen. Die Auswirkungen auf die Personalrätestruktur werden im Mitbestimmungsgesetz nachvollzogen.

Eine aktuelle Ausgabe des Mitbestimmungsgesetzes einschließlich wichtiger ergänzender Regelungen wird aktuell vorbereitet und im Zuge der Personalvertretungsseminare des dbb sh sowie ergänzend durch die dbb Mitgliedsgewerkschaften ausgegeben. In diesem Zusammenhang weist der dbb Landesbund außerdem darauf hin, dass im Jahr 2023 von März bis Mai in den meisten Dienststellen die regelmäßigen Personalratswahlen stattfinden.

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) Klare Absage an Verschärfung des Disziplinarrechts

**Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat im Deutschen Bundestag angekündigt, das Disziplinarrecht so zu ändern, dass Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst für Beamtinnen und Beamte künftig nicht mehr durch Verwaltungsklage und Gerichtsbeschluss, sondern durch einfachen Verwaltungsakt erfolgen können. Diese Absicht trifft auf den Widerstand der DPOIG.**

Wegen einzelner krimineller Extremisten dürfe nicht die gesamte Beamtenschaft unter Generalverdacht gestellt werden, sagte der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 14. Dezember 2022: „Niemand widerspricht der Bundesinnenministerin Faeser, wenn sie sagt, Reichsbürger und andere Extremisten haben nichts im öffentlichen Dienst zu suchen. Wer unseren Staat und seine demokratische Ordnung ablehnt, muss so schnell wie möglich aus dem Dienst entfernt werden, aber eben nicht ohne rechtsstaatliche Verfahren. Geschwindigkeit darf nie eine Begründung für den Abbau von Rechtsstaatlichkeit sein.“

Die Innenministerin wolle Verfahren beschleunigen, um Beamtinnen und Beamte bei Extremismus-Verdacht aus dem Dienst entlassen zu können. Dazu brauche es allerdings keiner Änderung des Disziplinarrechts für alle Beschäftigten, Suspendierungen seien bereits jetzt

möglich, und davon werde auch Gebrauch gemacht. Wendt: „Die endgültige Entlassung aus dem Beamtenverhältnis muss auch künftig per Gerichtsbeschluss erfolgen, um die Beschäftigten vor politischem Missbrauch und falscher Anschuldigung durch Denunziation zu schützen. Nicht die Politik oder die Verwaltung darf über Entlassungen entscheiden, sondern die Justiz, nach sorgfältiger Ermittlungsarbeit. Mit ihrem Vorhaben politisiert Faeser die gesamte Beamtenschaft und stellt sie unter Generalverdacht. Ohne gerichtliche Verfahren sollen Menschen ihrer kompletten wirtschaftlichen und sozialen Existenz beraubt werden können, sie selbst müssen anschließend mit jahrelangen Prozessen versuchen, ihren Beruf wieder ausüben zu können. Die gewünschte Verfahrensbeschleunigung muss durch bessere Ausstattung der Ermittlungsbehörden und Gerichte erfolgen, nicht durch Abbau von Schutzvorschriften für unsere Kolleginnen und Kollegen!“

## Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Brandbrief an alle AOK-Vorstände: „Energiegeld“ muss kommen

**In einem Brandbrief hat die GdS alle elf AOK-Vorstände im Bundesgebiet aufgefordert, für die Zahlung eines steuerfreien „Energiegeldes“ an die rund 60.000 AOK-Beschäftigten zu sorgen.**

Anlass für den Brandbrief ist die Weigerung der Tarifgemeinschaft der AOK (TGAOK), von der vom Gesetzgeber für die Arbeitgeber geschaffenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, zusätzlich zur tariflichen Bezahlung bis zu 3.000 Euro als Inflationsausgleich zu zahlen. „Das ist – bei allem Verständnis für die enge finanzielle Situation vieler AOKen – nicht nur empathielos, sondern wird der Verantwortung eines sozialen Arbeitgebers in keiner Weise gerecht“, kommentierte der GdS-Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner am 9. Dezember 2022. Angesichts der dramatischen Preissteigerungen bei den Kosten für Lebensmittel und Haushaltsenergie hätten auch die AOK-Beschäftigten berechnete Ängste und Sorgen, ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten zu können.

Bereits im September hatte die GdS gegenüber der TGAOK eine Initiative zur Zahlung eines steuerfreien Energiegeldes an die Tarifbeschäftigten gestartet. „Die Reaktion darauf war und ist für uns nicht nur unverständlich, sondern erschütternd“, stellte Wagner fest. Angeblich sieht die TGAOK keinen Spielraum, die gesetzliche Möglichkeit zumindest teilweise zu nutzen, und hat zudem durchblicken lassen, auch keinen Handlungsbedarf zu sehen. „Wenn die TGAOK nicht handelt und vor dieser Notlage die Augen verschließt, sind jetzt die einzelnen AOK-Vorstände gefordert, auf die TGAOK einzuwirken, ihre bisherige Haltung zu ändern und zügig Inflationsausgleichszahlungen zur Entlastung der Beschäftigten auf den Weg zu bringen.“

---

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

## Keine Verhandlungsbereitschaft: SWEG provoziert neue Streiks

**Die GDL hat ihre Mitglieder und alle nicht organisierten Arbeitnehmenden bei der SWEG Südwestdeutschen Landesverkehrs GmbH (SWEG) und der SWEG Bahn Stuttgart GmbH (SBS) ab dem 9. Dezember 2022 erneut zu Streiks aufgerufen.**

Die Unternehmen hätten nun die Öffentlichkeit über die konkreten Zeitpunkte der Streiks zu informieren, die Nutzung der Verkehre beider Unternehmen unterlägt in den nächsten Wochen starken Einschränkungen, sodass Reisen in den Zügen beider Unternehmen schwer zu planen seien. „Wir möchten an dieser Stelle klar und deutlich aufzeigen, dass die von diesen beiden Eisenbahngesellschaften befahrenen Netze von Reisenden in den nächsten Wochen nicht mehr kalkulierbar und verlässlich genutzt werden können“, sagte der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Zu verantworten hat dies eine Geschäftsführung, der die Interessen der Kunden völlig egal sind. Auch das Land als Eigentümer nimmt trotz Mobilitätsversprechen an die Steuerzahler billigend in Kauf, dass der Tarifkonflikt nunmehr weiter eskaliert und seitens der Zugpersonale verschärft geführt wird.“

Mit den erneuten Arbeitskämpfen reagiert die GDL auf die fortgesetzte Weigerung der SWEG-Geschäftsführung, die Tarifverhandlungen wieder aufzunehmen. „Unsere Hoffnung, den Konflikt in zwei Spitzengesprächen beizulegen, hat sich leider nicht erfüllt“, bedauerte Weselsky. „Trotz sich abzeichnender Lösungsansätze teilte uns der Arbeitgeber mit, auch weiterhin keine Gespräche und Verhandlungen über die Einführung der GDL-Tarifverträge bei der SWEG führen zu wollen.“ Offenbar baue das Unternehmen darauf, den Tarifkonflikt mithilfe der reichlich fließenden Steuergelder des Eigentümers, des Landes Baden-Württemberg, weiterhin bequem austragen zu können.

„Diese Alimentation stellt nicht nur eine Neutralisierung des gewerkschaftlichen Arbeitskampfes dar, sondern auch eine Begünstigung der SWEG gegenüber den anderen Wettbewerbsbahnen, deren Eigentümer verantwortlich und ohne die Verschwendung von Steuergeldern handeln“, erklärte Weselsky. Die GDL habe diesen Sachverhalt bereits Mitte November in einem offenen Brief an den baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Herrmann scharf kritisiert, das Land an seine Verantwortung als Eigentümer erinnert und die Verschwendung von Steuergeldern, aufgrund der Streikmaßnahmen, angemahnt. „Da Geld offensichtlich keine Rolle spielt, lässt dieser Arbeitgeber parallel zum Eisenbahnbetrieb Busse im Schienenersatzverkehr fahren“, kritisierte Weselsky: „Aus Angst vor der Reaktion der GDL-Mitglieder wird Geld aus dem Fenster geworfen – unter völliger Missachtung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit.“

Doch Politik und Arbeitgeber sollten nicht hoffen, den Tarifkonflikt durch Abtauchen und Aussitzen beenden zu können. Weselsky: „Die GDL hält an ihren berechtigten Forderungen fest und wird die unterschiedliche Bezahlung von Eisenbahnern in ein und demselben Unternehmen nicht hinnehmen. Wir bedauern die anhaltende Verweigerungshaltung der SWEG. Der Arbeitgeber und sein Eigentümer sind allein dafür verantwortlich, dass die Menschen nun gerade in der eigentlich friedlichen Weihnachtszeit zusätzlichen Belastungen ausgesetzt sind.“

## Namen und Nachrichten

Derya Yildirim hatte nie einen Plan B. Die Hamburger Polizistin erinnert sich in der Dezember-Folge vom **dbb** Podcast „DienstTag“ an den schwierigen Einstieg in ihren „absoluten Traumberuf“ ebenso wie an traumatische Erlebnisse im Dienst und dem Umgang mit Vorurteilen. „Wenn Anfeindungen kamen, dann wegen der Uniform, nicht wegen dem türkischen Background“, erzählt Derya Yildirim. Die 42-Jährige nutzt ihre eigene Herkunft und Familiengeschichte für die Arbeit, aktuell am Institut für Transkulturelle Kompetenz. In ihrer Funktion als „Dialogbeauftragte“ gegenüber den Migrant\*innenorganisationen in Hamburg hilft ihr der eigene Erfahrungshintergrund vor allem bei der Kontaktaufnahme, beim Netzwerken und beim Abbau von Vorurteilen gegenüber der Polizei. Obwohl Derya Yildirim seit Kindertagen immer nur Polizistin werden wollte, hat sie selbst den Einstellungstest erst beim dritten und letzten Versuch geschafft. Alles eine Frage der Vorbereitung, berichtet sie: „Die Prüfung ist wirklich schwer. Aber wenn man sich auf den Hosenboden setzt, wenn man sich reinhängt und die Hilfe in Anspruch nimmt, die angeboten wird, dann kann das jeder schaffen.“ Mit dieser Botschaft hat sie fast zwanzig Jahre in der Einstellungsstelle der Hamburger Polizei gearbeitet und den Bewerberinnen und Bewerbern „Dampf gemacht“. Immer nach dem Motto: Wir verlangen was von Euch – aber wir geben auch maximale Unterstützung. Im Gespräch mit unserer Moderatorin Steffi Schaller erzählt Derya Yildirim aber auch „von ihrer ersten Leiche“ am Hamburger Hauptbahnhof, vom Zusammenhalt auf der Wache und von ihren Schwierigkeiten beim Erlernen einer weiteren „Fremdsprache“ - Beamtendeutsch. Die Links zu den verschiedenen Podcast-Plattformen gibt es unter <https://linktr.ee/dbb.online>.

Die **dbb** Verhandlungskommission hat die Forderungen für den Manteltarifvertrag FraGround, eine Tochtergesellschaft von Fraport für den Bereich der Bodenverkehrsdienste am Flughafen Frankfurt, beschlossen. Der **dbb** fordert deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen ab dem 1. Januar 2023: Regelung zur betrieblichen Altersvorsorge; Ausschluss sachgrundloser Befristungen; Erhöhung durchschnittliche regelmäßige monatliche Arbeitszeit auf 161 Stunden/Monat auf Wunsch der/des Arbeitnehmenden; Erhöhung der Zeitschläge; 15 Minuten bezahlte „Waschzeit“ pro Schicht; Anspruch auf fünf zusätzliche bezahlte Tage für Fort- und Weiterbildung; Kran-

kengeldzuschuss; Vorteilsregelung für Gewerkschaftsmitglieder in Höhe von 350 Euro; Jahressonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsentgelts ab Bestehen des Arbeitsverhältnisses; Zulagen; Urlaub: 30 Tage Urlaub sowie 2 zusätzliche Urlaubstage für Wechselschicht; Begrenzung Leiharbeitnehmende auf insgesamt 5 Prozent. Weitere Details gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Die **dbb senioren** fordern in der anstehenden Einkommensrunde von Bund und Kommunen eine lineare Tarifierhöhung. „Die Arbeitgeber werden womöglich versuchen, die sogenannte Inflationsausgleichsprämie, die steuer- und sozialabgabenfrei sein wird, in das Tarifergebnis einfließen zu lassen. Diese Vorgehensweise hätte keinen Effekt auf die Rentenhöhe, denn Grundlage der Rentenerhöhung ist die Entwicklung der durchschnittlichen, beitragspflichtigen Bruttolöhne. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, partizipierten auch Ruhestandsbeamtinnen und -beamte nicht von Einmalzahlungen. Die Älteren würden leer ausgehen. Das ist nicht hinnehmbar“, warnte die stellvertretende Vorsitzende der **dbb** bundesseniorenvertretung Anke Schwitzer in ihrem Grußwort an die Mitglieder der Hauptversammlung der **dbb** Seniorenvertretung Mecklenburg-Vorpommern am 7. Dezember 2022 in Schwaan. Gegen eine Auszahlung einer Einmalzahlung außerhalb der Tarifrunde sei hingegen nichts einzuwenden. „Zur Unterstützung der Gewerkschaften in den Verhandlungen ist es im Jahr 2023 besonders wichtig, dass auch die Rentnerinnen und Rentner und die Pensionärinnen und Pensionäre die Aktionen des **dbb** nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern bundesweit unterstützen“, machte die stellvertretende Bundesvorsitzende klar. Eine geringe Teilnahme könne von den Arbeitgebern als mangelnde Aktionsfähigkeit ausgelegt werden, so Schwitzer.

Ulrich Stock hat nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden des **dbb sachsen-anhalt** am 18. Oktober 2022 das Amt des **DVG** Bundesvorsitzenden auf der Sitzung des **DVG** Bundeshauptvorstandes am 28. und 29. Oktober 2022 in Neustadt an der Weinstraße zurückgegeben. Er bleibt Landesvorsitzender der **DVG** Sachsen-Anhalt und gehört damit weiter dem Bundeshauptvorstand der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft an. Stock war ab Juni 2015 Bundesvorsitzender der **DVG**. Nach sieben erfolgreichen Jahren gibt er den Staffelstab weiter: „Ich habe mit viel Freude die Aufgabe wahrgenommen, bin mir aber sicher,

dass mit meinem Nachfolger ein kompetenter und geeigneter Bundesvorsitzender gewählt worden ist.“ In seiner Laudatio gab der neu gewählte DVG Bundesvorsitzende Joachim Johannes einen Überblick über den Lebensweg des jetzt früheren Bundesvorsitzenden Stock. Er würdigte das jahrzehntelange Engagement des überzeugten und leidenschaftlichen Gewerkschafters.

Im Jahr 2020 hatte sich das Bundesverfassungsgericht in mehreren Fällen mit der Beamtenalimentation befasst und dabei die Vorgaben für die Bemessung der verfassungsgemäßen Höhe der Besoldung konkreter gefasst und den veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst. Die Umsetzung der

Rechtsprechung erfolgt nun durch den Gesetzentwurf zur Neuregelung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile der bayerischen Staatsregierung. Dieser wurde bereits dem bayerischen Landtag zur weiteren Beratung zugeleitet. Das Gesetzgebungsverfahren wird allerdings im Jahr 2022 noch nicht abgeschlossen sein. Das bayerische Finanzministerium hat daher auf das Erfordernis der zeitnahen Geltendmachung für das Jahr 2022 verzichtet, teilte der **Bayerische Beamtenbund** am 13. Dezember 2022 mit. Es müssten entsprechend auch 2022 keine Anträge gestellt werden, um von etwaigen Verbesserungen zu profitieren. Eine Korrektur erfolge von Amts wegen und rückwirkend zum 1. Januar 2020.

+++

**In eigener Sache:  
Das dbb aktuell geht in die Winterpause.**

**Wir bedanken uns für Ihr Interesse in 2022  
und wünschen Ihnen besinnliche Feiertage  
und einen guten Start ins neue Jahr.**

**Die nächste Ausgabe erscheint im Januar 2023.**

+++

**Termine:**

9. Januar 2023, Köln  
**dbb Jahrestagung 2023**

Mehr Informationen unter <https://www.dbb.de/veranstaltungen/dbb-jahrestagung/dbb-jahrestagung-2023.html>

24. Januar 2023,  
**1. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen**  
Weitere Informationen folgen.